

automatisch im Interesse der westlichen Industrienationen lägen. Beispielsweise könnte der Gedanke, die Biannualisierung, also den Zwei-Jahre-Rhythmus für die Hauptversammlungen, wie er sich in einigen Unterorganen und Sonderorganisationen bewährt hat, generell auf all diese Einrichtungen zu übertragen, durchaus zweischneidig sein. Denn wenn etwa die bisher jährlich tagende Menschenrechtskommission nur noch alle zwei Jahre tagen würde, dann würde damit der von ihr ausgehende Druck zur Einhaltung von Menschenrechten beziehungsweise gegen deren Verletzung quasi halbiert.

Die UN-Sonderorganisationen und anderen Einrichtungen haben ihrerseits bisher — sei es aus Unsicherheit, sei es aus Sorge um die jeweils eigene Hausmacht — noch keine spektakulären Beiträge zur Reformdiskussion geleistet. Eine erfreuliche Ausnahme bilden die Diskussionen innerhalb der Wirtschaftskommission für Europa (ECE), die auf ihrer diesjährigen Jahrestagung einen umfangreichen Bericht vorgelegt hat. Erfreulich ist insbesondere, daß sich in dieser einzigen west-östlich ausgerichteten Kommission die Gruppe der sozialistischen Staaten — ganz im Gegensatz zu früher gängigen Verhaltensweisen innerhalb der ECE — unter Führung der Sowjetunion aktiv und konstruktiv an der Reformdiskussion beteiligt hat.

V. Alleiniges Ziel des durch die letzte Generalversammlung eingeleiteten Reformprozesses kann nur sein, die Möglichkeiten des UN-Systems zur Lösung der ihm sich stellenden politischen Probleme zu verbessern. Der Prozeß ist insgesamt nur langsam in Gang gekommen und hat bisher noch keine festen Konturen gewonnen. In der für ihn derzeit entscheidenden Sonderkommission des ECOSOC wird eine konkrete Sachdebatte mit konkreten Ergebnissen vermutlich erst im kommenden Jahr in Gang kommen. Zwei Gefahren scheinen bisher noch nicht gebannt: die Gefahr, daß ein Kompromiß zustandekommt, durch den der Mechanismus kaum wesentlich verbessert und damit gleichzeitig auf lange Zeit eine Chance verfallen wird, eine wirkliche Besserung zu erreichen, oder aber die Gefahr, daß sich die Reformdiskussion in Ausschüssen und Kommissionen immer weiter verschleppt — um schließlich ohne greifbares Ergebnis zu versickern.

Die entscheidende Phase dürfte die von jetzt an bis Ende 1988 sein. An der Arbeit der Kommission und vor allem an der anschließenden Debatte in der 43. Generalversammlung im Herbst 1988 wird man ablesen können, ob die in den Vereinten Nationen organisierte Staatengemeinschaft das Interesse, den Willen und die Durchsetzungskraft hat, das UN-System so zu reformieren, daß mit ihm wesentlich dazu beigetragen werden kann, die globalen Probleme über nationale Interessen hinaus global zu lösen, oder ob die Staatengemeinschaft das UN-System vorwiegend oder ausschließlich als Treffpunkt und argumentatorischen Umschlagplatz zur Vertretung eigener nationaler Interessen versteht. Sicher nicht ausschließlich, aber in hohem, wenn nicht in entscheidendem Maße wird ein Erfolg der Reformbestrebungen von dem politischen Interesse und Willen der Großmächte, allen voran der Ver-

einigten Staaten, abhängen. Unter den UN-Mitgliedern mittlerer Größe nimmt die Bundesrepublik Deutschland ein bemerkenswert aktives Interesse an der Entwicklung des Reformprozesses, wie es nicht zuletzt dadurch zum Ausdruck kommt, daß sie erneut für eine (1988 beginnende) dreijährige Mitgliedschaft in dem für die globale Steuerung und für die Reform des UN-Systems besonders wichtigen CPC kandidiert. Hans Arnold □

## Wirtschaft und Entwicklung

**UNIDO: Erstes Jahr als Sonderorganisation — Finanzierungsschwierigkeiten — Personalabbau — Förderung der Privatwirtschaft (30)**

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 3/1986 S.106ff. fort.)

### Kritische Finanzlage

Gleich im ersten Jahr nach ihrer Umwandlung in eine selbständige Organisation des UN-Systems ist die in Wien ansässige *Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)* unverschuldet in eine schwere Finanz- und Liquiditätskrise geraten. Im laufenden Zweijahreshaushalt 1986/87 (Nettovolumen 112,7 Mill US-Dollar) besteht zur Zeit eine Finanzlücke von circa 54 Mill Dollar:

- Auf Grund des Verfalls des Dollars im Verhältnis zum österreichischen Schilling wies die UNIDO bereits Ende 1986 Wechselkursverluste in Höhe von 5 Mill Dollar aus. Bei dem gegenwärtigen Wechselkurs (durchschnittlich 1 US-Dollar = 13 öS) sind bis Ende 1987 weitere währungsbedingte Verluste von etwa 15 Mill Dollar zu erwarten.

- Die schlechte Zahlungsmoral vieler Mitgliedstaaten hat zu erheblichen Beitragsrückständen geführt. Die ausstehenden Mitgliedsbeiträge für die Jahre 1986 und 1987 belaufen sich derzeit auf 34 Mill Dollar; allein die Vereinigten Staaten schulden der UNIDO noch 25 Mill Dollar.

Zur Schließung der Finanzlücke hat die UNIDO — nach entsprechenden Beschlüssen ihrer Aufsichtsorgane — folgende Notmaßnahmen ergriffen:

- Einsparungen im laufenden Haushalt in Höhe von rund 14 Mill Dollar;
- Erhöhung des Betriebsmittelfonds von 6 auf 9 Mill Dollar;
- Verlängerung der Laufzeit des Starthilfedarleihens der Vereinten Nationen (16 Mill Dollar) vorerst bis Ende 1987.

Eventuelle weitere Verluste sollen durch einen Nachtragshaushalt 1986/87 aufgefangen werden; nach bisherigen Schätzungen sind hierfür etwa 4 Mill Dollar erforderlich.

Der Dollarverfall hat auch im Programmhaushalt der UNIDO zu erheblichen Mindereinnahmen geführt. Bei gleichbleibendem Wechselkurs ist die UNIDO gezwungen, für den erforderlichen Budgetausgleich mittelfristig 111 der 398 im operativen Budget 1986/87 bewilligten Stellen abzubauen. Der vom Sekretariat geplante Personalabbau soll im wesentlichen durch Streichung frei werdender Stellen (natürliche Abgänge) erreicht werden. Darüber hinaus wird derzeit versucht, ältere Mitarbeiter zum vorzeitigen

Ausscheiden aus der UNIDO zu bewegen; mit etwa 30 Angehörigen des höheren Dienstes wurde bereits eine entsprechende Abfindungsvereinbarung erreicht.

Die Debatte über die finanzielle Zukunft der Organisation wird auf der 2. Generalkonferenz vom 9. bis 13. November 1987 in Bangkok fortgesetzt. Die 148 Mitgliedstaaten werden dabei zu entscheiden haben über einen Nachtragshaushalt für die Haushaltsjahre 1986/87 (etwa 4 Mill Dollar), den Haushalt 1988/89 (nominal rund 150 Mill Dollar) sowie über ein auf einem Währungs-Splitting beruhendes Beitragssystem (Split-Currency Assessment System; Basis wahrscheinlich 77 vH öS-, 23 vH US-Dollar-Anteil), das — nach dem Vorbild der Internationalen Atomenergie-Organisation — für künftige Haushalte die Gefahr einer Wiederholung der Finanzkrise wegen der Auswirkung von Wechselkursschwankungen vermindern soll.

### Programme und Projekte

Trotz der Finanzprobleme ist es der UNIDO im Jahre 1986 gelungen, die Durchführung von Maßnahmen der Technischen Zusammenarbeit von 94,5 Mill (1985) auf 99,6 Mill Dollar zu steigern; die Mittel hierfür wurden zu 74 vH vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und zu 26 vH von der UNIDO selbst aufgebracht. Die Gesamtinvestitionen für die von der UNIDO geförderten Industrievorhaben in der Dritten Welt werden im Jahresbericht 1986 mit 265,3 Mill Dollar angegeben.

Angesichts der erforderlichen Einsparungen bei Personal- und Sachaufwendungen erscheint es zumindest fraglich, ob die UNIDO die von ihr geplante weitere Steigerung des Mittelvolumens im Jahre 1987 (105 Mill Dollar) und für den Zweijahreshaushalt 1988/89 (211 Mill Dollar) verwirklichen kann. Die steigenden Verwaltungskosten der Organisation, die mit 31,3 Mill Dollar im Jahre 1986 inzwischen 31,4 vH des Projektvolumens ausmachen, erscheinen bedenklich.

Weder die Neuordnung der Aufbau- und Ablauforganisation (mit einer stärkeren Länderorientierung) noch die neuen Überlegungen und Ansätze der UNIDO zur industriellen Entwicklung der Staaten der Dritten Welt haben 1986 zu wesentlichen Veränderungen der UNIDO-Aktivitäten geführt. Nach wie vor liegt ihr regionaler Schwerpunkt in Asien (37,2 vH), gefolgt von Afrika (35,9 vH) und Lateinamerika (10,6 vH). Auch die sektoralen Schwerpunkte blieben im großen und ganzen unverändert. Danach liegt die chemische Industrie mit 24,9 vH vor dem Maschinenbau (14,6 vH) und der Förderung des institutionellen Infrastruktur (12,9 vH) weiter in Führung; ein leichter Anstieg der Agro-Industrien von 8,8 auf 9,9 vH ist zu vermerken.

### Neue Geschäftspolitik

Mit der geplanten Neuorientierung der Geschäftspolitik der UNIDO, über die auf der 2. Generalkonferenz abschließend entschieden werden soll, strebt Generaldirektor Domingo L. Siazon auch eine stärkere Förderung privatwirtschaftlicher Tendenzen und der regionalen Zusammenarbeit in den Entwicklungsländern an. Dabei sollen die bessere Nutzung, Rehabilitation und Moderni-

sierung bestehender Industrieanlagen, der Bereich der Instandhaltung sowie die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben eine zentrale Aufgabe der UNIDO werden.

Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist die bekannte Feststellung, daß die Produktivität von Industrieprojekten in der Dritten Welt trotz mancher Standortvorteile — auch bei gleicher Technologie — weit unter der Produktivität von Anlagen der Industrieländer liegt. Die UNIDO will unter anderem die Entwicklungsländer bei ihren Bemühungen unterstützen, die Ursachen unzureichender Kapazitätsauslastungen, die auf endogenen Faktoren beruhen, zu beseitigen. Ob es ihr gelingt, eine merkliche Verbesserung der in vielen Entwicklungsländern vorherrschenden unzureichenden Rahmenbedingungen herbeizuführen, muß angesichts der gegenwärtigen finanziellen und personellen Möglichkeiten der Organisation eher skeptisch beurteilt werden.

Mehr als zuvor erscheint daher die Setzung von Prioritäten für die Geschäftspolitik der neuen UNIDO erforderlich.

Manfred Hentz □

## Sozialfragen und Menschenrechte

**Erste Weltrogenkonferenz der Vereinten Nationen: Zusammenarbeit von Anbau-, Transit- und Verbraucherländern gefestigt — Gemeinschaftliche Verantwortung — Aktionsprogramm (31)**

(Vgl. auch Rita Süßmuth, Weltweite Zusammenarbeit bei der Drogenbekämpfung. Weltrogenkonferenz und internationale Drogenbekämpfungsstrategie aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland, VN 3/1987 S.81ff.)

Zehn Tage lang, vom 17. bis zum 26. Juni 1987, war das neue »Austria Centre« in der Donaumetropole Schauplatz der ersten Weltrogenkonferenz der Vereinten Nationen. Unter dem Motto »Ja zum Leben — Nein zu Drogen« waren Delegationen aus 138 Staaten nach Wien gereist, um auf der *Internationalen Konferenz über Suchtstoffmißbrauch und illegalen Drogenhandel* (International Conference on Drug Abuse and Illicit Trafficking, ICDAIT) eine »neue Strategie der Drogenbekämpfung bis zum Jahre 2000« zu verabschieden.

Doch ein handfester Streit hinter den Kulissen verzögerte den Konferenzbeginn um mehr als eine Stunde: Sowohl Malaysias Premierminister Mahathir Mohamad als auch Boliviens Außenminister Guillermo Bedregal-Gutierrez beharrten auf ihrer Kandidatur für das Amt des Präsidenten der Weltrogenkonferenz. Keine Delegation wollte jedoch die mit dem Ziel einer besseren internationalen Zusammenarbeit einberufene Tagung mit einer Kampfabstimmung beginnen. Während die Ministerinnen und Minister aus aller Welt Zeit zum gegenseitigen Kennenlernen gewannen, gelang es schließlich dem zur Eröffnung anwesenden Generalsekretär der Vereinten Nationen, Javier Pérez de Cuéllar, die lateinamerikanische Gruppe zum Einlenken zu bewegen. Daraufhin wurde der Premierminister Malaysias per Akklamation zum Präsidenten gewählt, während der boliviani-

sche Außenminister den Vorsitz im Hauptausschuß erhielt.

### Die Hintergründe

Nichts hätte die derzeitige Weltsituation des Drogenproblems besser charakterisieren können als dieser Streit um die Präsidentschaft. Für die ostasiatischen Transitstaaten des Heroins und die lateinamerikanischen Herkunftsländer des Cocains hat das Drogenproblem derzeit einen hohen innen- und außenpolitischen Stellenwert. Schuld sind die enormen Produktionssteigerungen bei Heroin, Cocain und Cannabis, die seit Beginn der achtziger Jahre von den Märkten der westlichen Konsumländer nicht mehr aufgenommen werden können; Aufklärung und repressive Maßnahmen wirkten vor allem in Westeuropa zusätzlich drosselnd. Als Folge davon fand das illegale Heroin seine Märkte immer stärker in den Erzeugerländern und den umliegenden Transitländern selbst. In Pakistan beispielsweise, wo es 1979 fast keine Drogenabhängigen gab, wird ihre Zahl heute (bei einer Gesamtbevölkerung von 96,2 Millionen) auf über 1 Million geschätzt; Malaysia nennt 500 000 Drogenkonsumenten bei einer Gesamtbevölkerung von 15,6 Millionen. In Lateinamerika hat sich die illegale Cocainproduktion seit 1980 schätzungsweise verzehnfacht. Die immensen illegalen Drogengewinne und die Gewalt der Drogenhändler untergraben in einigen Staaten nicht nur die Wirtschaft, sondern auch wichtige öffentliche Institutionen wie die Rechtspflege und die Meinungsfreiheit (und damit das Staatsgefüge selbst). Seit 1984 wurden allein in Kolumbien 59 Richter und 26 Journalisten im Auftrag der Drogen-Mafia ermordet.

Den Anstoß zu der Weltrogenkonferenz gaben somit diese neuen Dimensionen des Drogenproblems seit Beginn dieses Jahrzehnts. Dadurch wurde die Tagung in besonderem Maße zu einem Forum der Entwicklungsländer. Deren zum Teil nachdrückliche Appelle an die Verantwortung der entwickelten Länder durchzogen wie ein roter Faden alle Debatten der Konferenz. Zugleich wurde das etablierte Drogenkontrollsystem der Vereinten Nationen auf den Prüfstand gestellt, das auf die sogenannte Opiumkonferenz von Schanghai im Jahre 1909 zurückgeht und die internationale Zusammenarbeit im Drogenbereich auf der Basis der internationalen Suchtstoff-Übereinkommen regelt.

### Die Konferenz

Das Konferenzgeschehen spielte sich für die Regierungsdelegationen in der Plenarversammlung, im Hauptausschuß sowie in verschiedenen Arbeitsgruppen ab. An den Sitzungen der Regierungsdelegationen nahmen auch nichtstaatliche Organisationen mit Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat als Beobachter teil. Sie bildeten jedoch im übrigen ein eigenes Forum, das in getrennten Plenarsitzungen und Arbeitsgruppen tagte. An diesen Veranstaltungen nahmen auch 12 Vertreter aus der Bundesrepublik Deutschland teil, die unter anderem den Deutschen Frauenrat, den Deutschen Juristenbund, den Bundesgrenzschutzverband sowie die Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren als Dachorganisation der

Wohlfahrtsverbände für den Suchtbereich repräsentierten.

Nach der feierlichen Konferenzeröffnung durch den UN-Generalsekretär begannen die über sieben Tage andauernden Ansprachen der Delegationsleiter. Die Redezeit war auf sieben Minuten beschränkt. Aufsehen erregte daher der als erster Regierungsvertreter sprechende Justizminister der Vereinigten Staaten, Edwin Meese, weil er für seine Ausführungen 23 Minuten benötigte. An fünfter Stelle sprach Bundesministerin Rita Süßmuth. Sie wies auf die notwendige Verknüpfung der Drogenpolitik mit einer soliden Jugend-, Familien- und Sozialpolitik hin, sprach sich für eine noch intensivere internationale Zusammenarbeit aus und sicherte die fortbestehende Unterstützung der Bundesregierung für die Anbau- und Transitländer in ihrem Kampf gegen illegale Drogen zu.

Dominierende Themen der meisten Ansprachen waren: verstärkte internationale Zusammenarbeit; repressive Maßnahmen (wie Strafverschärfung für und Auslieferung von Drogenhändlern); Nachfrage-Reduzierung; soziale und wirtschaftliche Hilfe für Drogenanbau- und Transitländer in der Dritten Welt; Aktivitäten des Suchtstoffkontrollfonds der Vereinten Nationen (UNFDAC); Aufklärung und Hilfe für die von Drogenabhängigkeit Betroffenen oder Bedrohten unter Einfluß von Maßnahmen gegen die Verbreitung von AIDS sowie die beschleunigte Fertigstellung und Unterzeichnung der neuen Konvention gegen den illegalen Drogenverkehr.

Einige Staaten gaben neue Initiativen im Drogenbereich bekannt. Als sensationell kann die Ankündigung des stellvertretenden Gesundheitsministers der UdSSR gelten, daß die Sowjetunion künftig die Aktivitäten des UNFDAC durch Sachspenden und Dienstleistungen sowjetischer Experten unterstützen werde. Mehrere andere Länder kündigten zusätzliche Finanzbeiträge für den UNFDAC in Millionenhöhe an. Der UNFDAC plant und finanziert insbesondere in den Drogenherkunftsländern Projekte, um den illegalen Drogenanbau durch andere landwirtschaftliche oder sonstige Erwerbsquellen zu ersetzen.

Einige Redner benutzten die Generaldebatte auch zur politischen Konfrontation. So beschuldigte Libyen »bestimmte transnationale Unternehmen«, aus Profitgründen gefährliche Drogen statt der wirklich benötigten Arzneimittel zu produzieren. Der Vertreter des Panafrikanischen Kongresses von Azania (PAC) beschuldigte die südafrikanische Regierung, Drogen im Rahmen ihrer »diabolischen Politik der Apartheid« bei Verhören von Gefangenen einzusetzen, wofür Südafrika schärfstens verurteilt werden müsse. Der stellvertretende Gesundheitsminister der Ukraine begrüßte »die entschlossenen Maßnahmen einer Reihe lateinamerikanischer Länder«; der Kampf gegen den Drogenmißbrauch dürfe freilich nicht als Vorwand für eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten mißbraucht werden.

### Das umfassende Maßnahmenkonzept

Parallel zu den geschliffenen Ansprachen der Minister im Plenum fand im Hauptausschuß die lebhaft erörterte *Multidisziplinären Aktionsprogramms* (Comprehensive